

# Allgemeines Jüdisches Familienblatt

## WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6gespalt. mm-Zeile 15 Pl., 3gespalt. Textzeile 60 Pl., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter Allg. Jüd. Familienblatt erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:  
**Allgemeines Jüdisches Familienblatt**  
 Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telephon 215 16  
 Postscheckkonto Nr. 216 90  
 Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag  
 Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich, 2,40 Mark vierteljährlich inkl. Bestellgeld. Strelband-Bezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1,20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1,50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 26; M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner Redaktion: Georg Joachimstal, Zöllnerplatz 11. Ruf 61 009.



**Singer Nähmaschinen**  
 MIT MOTOR U. NACHLICHT  
 Einfachste Zählungsbedingungen  
**SINGER NÄHMASCHINEN**  
 KONGRESSGESELLSCHAFT

In Leipzig  
 C 1, Petersstraße 14 (Singerhaus)  
 S 3, Südstr. 26  
 W 31, Zschochersche Str. 24  
 N 22, Hallische Str. 97  
 O 30, Eisenbahnstr. 84

**Professor Ludwig Straus gestorben.** Wien. (JTA.) In Wien verstarb Professor Dr. Ludwig Straus, ein hervorragender Handelsrechtler und Mitbegründer der staatlichen Hochschule für Welthandel. Prof. Straus hat viele Jahre hindurch der staatlichen Prüfungskommission für Handelsrecht angehört.

**Ein britisches Schlachtschiff im Hafen von Jaffa.** Jerusalem. Am 2. November, 5 Uhr nachmittags, traf das britische Schlachtschiff „Ramillies“ aus Malta im Hafen von Jaffa ein. Das 1916 erbaute Schlachtschiff hat eine Wasserverdrängung von 29 350 Tonnen und ist mit acht fünfzehnzölligen und zwölf sechszölligen Kanonen ausgerüstet. Das Eintreffen der „Ramillies“ vor Jaffa deutet, wie verlautet, nicht auf irgendwelche Besorgnisse seitens der Behörden hin, sondern sie ist eine der Vorichtsmaßnahmen, die seit den jüngsten Unruhen programmäßig getroffen werden.

**Schändung eines jüdischen Friedhofs in Unterfranken.** Berlin. (JTA.) Auf dem israelitischen Bezirksfriedhof in Rödelsee, Unterfranken, wurden — wie aus Würzburg telegraphiert wird — elf Grabsteine umgeworfen und acht davon zertrümmert. Unter den zertrümmerten Steinen befindet sich auch das Grabdenkmal des Rabbiners Thalheimer von Mainbernheim. Es ist innerhalb kurzer Zeit das zweite Mal, daß dieser Friedhof geschändet wurde. Auf die Ermittlung der Täter hat die Friedhofsverwaltung 500 M. Belohnung ausgesetzt.

**Das jugoslawische Wechselgesetz berücksichtigt jüdische Feiertage.** Belgrad. (JTA.) Der jugoslawische Justizminister hat im Zusammenhang mit dem Wechsel- und Scheckgesetz, welches am 19. Dezember d. J. in Kraft tritt, eine Verordnung erlassen, laut welcher in Orten mit 10 Prozent Einwohnern jüdischer Konfession auch die jüdischen Feiertage in bezug auf die Fälligkeits- und Protesttermine berücksichtigt werden. An diesen Tagen können Proteste im Sinne des Wechsel- und Scheckgesetzes gegen jüdische Schuldner nicht gemacht werden.

**Die Einführung der Schlachtviehbetäubung in Meissen hat nichts mit einem Schlachtverbot zu tun.** Berlin. (JTA.) Mehrere Fachzeitschriften haben über ein Schächtverbot in Meissen berichtet. Das Büro für Schächtangelegenheiten teilt hierzu mit, daß in Meissen nie geschächtet worden ist, weil dort keine jüdische Gemeinde besteht und der Bedarf an Fleisch rituell geschächtetem Viehs von außerhalb gedeckt wird. Die Verordnung des Magistrats richtet sich also nicht gegen das rituelle Schächten, sondern will nur für die Betäubung von Schlachtvieh den Bolzenschußapparat obligatorisch machen.

**Frau Dr. Martha Hoffmann Generalsekretärin der WIZO.** Wien. (JTA.) Frau Dr. Martha Hoffmann, eine der Führerinnen der internationalen zionistischen Frauenbewegung (Leiterin der Organisation und der Propaganda) ist als Generalsekretärin der Weltorganisation zionistischer Frauen nach London berufen worden. Frau Dr. Hoffmann, die Professor an einem Wiener Staatsgymnasium ist, hat sich zunächst für die Dauer eines Jahres von diesem Posten beurlauben lassen und hat am 10. November die Reise nach London angetreten.

**Die Deutschnationalen geben zu, von den Sklareks Geld erhalten zu haben.** Berlin. (JTA.) Der durch seine Beziehungen zu den Sklareks kompromittierte und aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretene Reichstagsabgeordnete und Antisemit Bruhn hat enthüllt, daß die Deutschnationale Volkspartei mehrfach Spenden für Parteizwecke von den Brüdern Sklarek erhalten hat. Hierzu wird dem deutschnationalen „Lokal-Anzeiger“ von „unterrichteter Seite“ u. a. mitgeteilt: „Es ist nicht wahr, daß der Landesverband der DNVp. mehrfach Geldbeträge von den Sklareks erhalten hat. ... Ein Fall aus dem Jahre 1926, in dem dem Landesverband eine Spende von 2000 M. dem dem Landesverband eine Spende von 2000 M. zugeworfen ist, war Gegenstand einer Untersuchung, die man in demselben Augenblick einleitete, als die Beschuldigung bekannt war.“

## Die Jüdische Volkspartei und ihre Gegner

Dr. L. Abermals stehen wir vor Gemeindewahlen, und wiederum treten die verschiedensten Parteien auf den Plan, um den Wahlkampf untereinander auszufechten. Daß es Parteien sind mit mehr oder minder feststehendem Programm und überlokaler Organisation und nicht einzelne Personen, die je nach Geschmack und aktueller Notwendigkeit sich vor den Wahlen einige Schlagworte zurechtlegen, welche jetzt an die Wähler appellieren, ist ein Fortschritt, den das Auftreten der jüdischen Volkspartei vor zwei Jahren zur Folge hatte. Es wird nunmehr der Wahlkampf nach sachlichen und nicht mehr nach persönlichen Gesichtspunkten geführt.

Um so notwendiger ist es daher, das Verhältnis der Parteien zueinander, ihr Gemeinsames und ihre Verschiedenheit zu beleuchten. In folgendem soll die Grenzführung der Jüdischen Volkspartei den anderen Parteien gegenüber gekennzeichnet werden.

Was die Jüdische Volkspartei will, kann, wie alles Gerechte, in wenigen Worten gesagt werden. (Wie sie es — vorläufig als kleine, aber gewichtige Minorität — im Verlaufe der letzten zwei Jahre durchzusetzen versuchte, darüber soll an anderer Stelle ausführlicher berichtet werden.) Sie will eine Volksgemeinde, welche im Zusammenhange mit dem Gesamtjudentum allen Interessen der jüdischen Gesellschaft dient. Das bedingt: *Gleiches Recht für alle Richtungen im Judentum, Gleichberechtigung der ausländischen Juden im jüdischen Leben, Intensivierung und Verlebendigung jüdischen Unterrichts und jüdischer Erziehung, Schaffung eines umfassenden sozialen Hilfswerkes und Anteilnahme an dem Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina.*

Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Jüdische Volkspartei sich in erster Linie mit der liberalen Partei auseinandersetzen, nicht etwa mit dem religiösen Liberalismus. Soweit der Liberalismus religiösen Glauben und jüdische Lehre in Einklang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Natur und der Geschichte bringen, soweit er auch dem modernen kritischen Menschen die Möglichkeit religiösen Lebens in jüdischen Formen geben will, ist er mit den Zielen der Jüdischen Volkspartei durchaus vereinbar. Deren liberale Anhänger gehen allerdings von der Voraussetzung aus, daß das Entstehen neuer religiöser Lebensformen nur in einer lebendigen Volksgemeinschaft möglich, daß jüdische Religion ohne jüdisches Volkstum unmöglich ist. Liberales und nationales Judentum sind also durchaus keine Gegensätze; es mag nur darauf hingewiesen werden, daß die Mehrzahl der liberalen Rabbiner Berlins auf dem Boden der Jüdischen Volkspartei steht und der liberale Oberrabbiner Neuyorks, Stephen Wise, sogar radikaler Zionist ist. Nicht dem religiösen Liberalismus gilt der Kampf der Jüdischen Volkspartei, sondern jenen „Liberalen“, für die der Liberalismus mit seinem Bruche alter Formen nur den Deckmantel für ihren Indifferentismus und ihre Assimilationsucht liefert.

Dieser Art „Liberale“ sind es, die seit vielen Jahrzehnten unsere Gemeinden beherrschen; die tatenlos zusehen, wie von Generation zu Generation der Besitz an jüdischen Werten, an Kenntnis unserer kulturellen Güter, an Zusammenhang mit der religiösen Ueberlieferung, an lebendiger Verbundenheit mit unserer Geschichte geringer und geringer wird, wie unsere Jugend immer mangelhafter mit jüdischem Wissen ausgestattet ins Leben geschickt wird, und Taufen und Mischehen in beängstigender Weise zunehmen.

Diese „Liberale“ sind es, die zu einer Zeit, da in Palästina Juden um ihres Judentums willen ihr Leben lassen, da der Aufbau Erez Israels — der Traum, die Hoffnung, der Lebensinhalt von Millionen Juden — gefährdet erscheint, die sich diesen Zeitpunkt aussuchen, um der deutschen Öffentlichkeit zu verkünden: Wir haben mit jenen Juden nichts gemein, wir kennen kein jüdisches Volk, wir sind nur Deutsche! Wahrlich, man muß lange, lange in der jüdischen Geschichte blättern, um ein solches Maß von Verrat und Kriechertum anzutreffen. Die

## Chronik der Woche

**Ruhe in Jerusalem.** — Nachtverkehr gestattet. Jerusalem. In Jerusalem kam es seit einigen Tagen zu keinerlei Zwischenfällen mehr. Die Regierung gestattet von heute ab den Straßenverkehr die ganze Nacht hindurch. (Nach dem Ausbruch der Unruhen war der Verkehr nur bis 6 Uhr abends, später bis 11 Uhr abends gestattet.)

**Oberrabbiner Emanuel Grünwald 87jährig verstorben.** Budapest. (JTA.) Aus Sopron meldet man das plötzliche Ableben des Oberrabbiners der dortigen orthodoxen jüdischen Kultusgemeinde Emanuel Grünwald, der ein Alter von 87 Jahren erreichte und volle 57 Jahre das Rabbineramt in Sopron bekleidete.

**Hebräisch in der Türkei verboten.** Konstantinopel. Das Schul-Departement der türkischen Regierung instruierte die Leiter der jüdischen Schulen dahin, daß Hebräisch-Unterricht in diesen Schulen nicht mehr erteilt werden darf. Diese Verordnung hat die jüdische Bevölkerung in Aufregung versetzt. Es besteht die Absicht, als Demonstration gegen das Verbot von Hebräisch-Unterricht alle jüdischen Schulen zu schließen.

**Resultat der Wahlen in die Prager Jüdische Gemeinde.** Prag. (JTA.) Das Resultat der am 10. November durchgeführten Wahlen in die Repräsentanz der Prager Jüdischen Gemeinde liegt bereits vor. Gewählt wurden 8 tschechische Juden (bisher 6), 6 Demokraten (bisher 8), 5 Jüdischnationale, 3 Vertreter des orthodoxen Mittelstandes, 1 Fortschrittsparteiler, ein Poale Zionist.

**Araber plündern eine Siedlung im Emek.** Jerusalem. In der Nacht zum 8. November drangen arabische Plünderer in die jüdische Arbeitersiedlung Mizra in der Nähe von Afulah im Tale Jezreel ein und gaben eine Anzahl Schüsse ab, die niemand traf. Die Plünderer führten neun Kühe mit sich fort. Als das herbeigerufene Militär in der Siedlung eintraf, war von den Plünderern keine Spur mehr zu finden.

**Die Palästina-Ereignisse vor der Mandatskommission.** Genf. Marquis Teodoli eröffnete heute die Herbsttagung der Mandatskommission des Völkerbundes mit einer Ansprache, in der er zum Ausdruck brachte, daß die öffentliche Meinung der Welt durch die schrecklichen Ereignisse in Palästina tief berührt worden ist. Die Kommission beschloß, heute nur einen Gedankenaustausch zu pflegen und Beschlüsse erst zu fassen, wenn der Bericht der von der englischen Regierung nach Palästina entsandten Untersuchungskommission vorliegen wird.

**Die Mörder des Rabbiners Kastel in Hebron zum Tode verurteilt.** Jerusalem. Vor dem Gericht in Jerusalem hatten sich vier Araber aus Hebron unter der Beschuldigung, an der Ermordung des Rabbiners Kastel in Hebron am Tage der Juden-Massacres beteiligt gewesen zu sein, zu verantworten. Zwei der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, die anderen zwei wurden wegen Mangels an Beweisen für ihre Beteiligung an dem Mord, freigesprochen.